

Ostermarsch 2013

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg...

Das war einmal. Kaum war die DDR einverleibt, konnte die Hose runter gelassen werden.

Jugoslawien bis Mali

Jugoslawien wurde zerschlagen, Serbien mit Hilfe von SPD und GRÜNEN bombardiert. An der dort verschossenen Uranmunition werden noch in -zig Generationen Familien neugeborener missgebildeter Kinder denken. Der so vergiftete Boden wird noch in tausenden von Jahren über die Nahrungskette weitere Opfer fordern. Im Irakkrieg hielt sich Schröder zwar offiziell heraus indirekt wurden aber die Kriegsakteure unterstützt.

Bundeswehr überall dabei

Davon konnte sich jeder in Hanau selbst überzeugen: Bundeswehr als Wachpersonal vor US-Kasernen, Überflugrechte etc. In Afghanistan ging es dann wieder richtig zur Sache. Der deutsche Militarismus konnte mal wieder Erfahrung sammeln im Töten von hauptsächlich Unschuldigen. Wir erinnern uns noch gut an das vom mittlerweile zum General beförderten Herrn Klein befohlene Tanklasterbombardement.

Wir sollen uns offenbar daran gewöhnen, dass die Bundesrepublik Deutschland militärisch mitmischet. Noch sind Truppen in Afghanistan stationiert und mehr denn je in Kämpfe verwickelt; werden Patriotraketen in der Türkei stationiert um angeblich unseren NATO Partner zu beschützen; da wird ein neues Fass aufgemacht: Mali. Unser NATO Nachbar Frankreich sieht eine durch Militärputsch an die Macht gekommene Regierung in Bedrängnis und schlägt los. ... und Merkel hat Angst zu kurz zu kommen.

Sie sagen Mali, sie meinen Afrika

Und mit Afrika meinen sie die Bodenschätze, an denen dieser bitterarme Kontinent so reich ist. Unter diesem Aspekt betrachtet, wird manches deutlicher. In Mali gibt es Gold, Diamanten und Phosphat, das für die Düngemittelproduktion immer wichtiger wird. Und es gibt Hinweise auf erhebliche Öl- und Gasreserven



sowie auf Vorkommen von Uran. Als erstes stirbt die Wahrheit in jedem neuen Krieg. Deshalb sollte man allen Meldungen und Berichten zu diesem neuen Konflikt tief misstrauen. Es geht um die Kontrolle der Rohstoffe und ihrer Transportwege. Es geht um die Kontrolle der Fördergebiete der konkurrierenden Mächte.

Bundeswehr raus aus den Schulen

Wer die Interessen der Großkonzerne in der ganzen Welt absichern will, braucht dazu auch Menschen die dies tun. Dies wollen aber immer weniger. Deswegen werden den Bundeswehr-Werbeprofis die Türen zu den Klassenzimmern immer leichter geöffnet. Grundlage hierzu sind von mittlerweile 8 Bundesländern geschlossene Kooperationsvereinbarungen mit

der Bundeswehr, die hiermit zum "Bildungspartner" erklärt wird. Man will über die Klassenzimmer in die Köpfe der Jugendlichen.

Missachtung von UN-Vereinbarungen

Die Bundeswehr ruft auch Minderjährige zu den Waffen. Die Vereinten Nationen haben Deutschland wiederholt aufgefordert, die Altersgrenze auf 18 Jahre anzuheben. Dennoch werden jedes Jahr ca. 1000 Freiwillige unter 18 Jahren angeworben.

Wir fordern Bundeswehr raus aus den Schulen!

Ostermarschauftakt 2013

In den letzten Jahren sind immer wieder Nazis beim Ostermarschauftakt in Bruchköbel aufgetaucht, um ihre rassistischen Parolen zu rufen. Möglich war ihnen dies nur, weil sie hierbei von der Polizei geschützt wurden. Dieses Vorgehen der Polizei, gegen das ausdrückliche Verlangen der Veranstalter Faschisten von der Friedenskundgebung fern zu halten ist in unserem Land ohne Beispiel. So werden Nazis gepöppelt!

Aus den Erfahrungen mit den NSU Morden scheinen gewisse Kreise im Staatsapparat nicht lernen zu wollen!

Faschistische Ideologie widerspricht friedenspolitischen Zielsetzungen, deshalb haben sich dieses Jahr die Veranstalter auf einen Aktionskonsens geeinigt, um die Nazis an der Teilnahme am Ostermarsch zu hindern.

Bruchköbel
Karfreitag 29. März
14 Uhr
Kundgebung am Freien Platz



Zeitung der DKP für Hanau und Umgebung

Ungeschminkt Links

Nr. 13

Ausgabe 1 / 2013

Nicht warten, bis es zu spät ist

DKP erinnert an Opfer des Faschismus – Ostermarsch vor Neonazis schützen

Vor dem Fronhof in der Hanauer Altstadt erinnerte die DKP Main-Kinzig aus Anlass des 80. Jahrestages der Machtübertragung an die Faschisten an Widerstandskämpfer sowie an die Opfer, die das menschenverachtende System gekostet hat.

Großkonzerne als Steigbügelhalter

In der Mahn- und Gedenkveranstaltung wurde deutlich gemacht, dass Großbanken und Industrie zum Ende der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein Interesse an einem autoritären Staat hatten. Die IG Farben, Krupp, Bosch, Thyssen, Stinnes, die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Dresdner Bank wollten zur Erhöhung ihrer Profite ihre Exportchancen und Anlagemöglichkeiten verbessern und konkurrierende Unternehmen aus dem Ausland vom Markt fegen. Dazu wurden im Deutschen Reich u.a. Löhne gedrückt und Steuern für die Bevölkerung erhöht. Die sich formierende Arbeiterbewegung war diesen Interessen mit ihren Streiks im Wege. Um sie niederzuhalten, bedienten sich Banken und Industrie der Faschisten um Hitler.

Folterstätte Fronhof

Schon in den ersten Februartagen des Jahres 1933 wurden im ganzen

Land und damit auch in Hanau Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter verhaftet. In Hanau wurden sie zuerst im Fronhof eingesperrt, verhört und gequält. Danach verschleppte die Gestapo sie in Zuchthäuser und Konzentrationslager.

Demokratie wird als Ballast gesehen Auch gegenwärtig werden die

Dies machte auch Bundeskanzlerin Merkel mit dem Satz deutlich: „Wir werden Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass die trotzdem auch marktkonform ist“.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird – wie vor 80 Jahren – in die falsche Richtung gelenkt. Das Schüren rassistischer Vorurteile lenkt davon ab, dass der Kapitalismus in der Krise wieder auf eine autoritäre Gangart setzt. Zu diesem Zweck halten die Geheimdienste mit viel Geld und Personal neofaschistische Gruppen und Organisationen am Leben und lassen die Polizei gegen Antifaschisten aufmarschieren.

Ostermarsch vor Neonazis schützen

Auch der Ostermarsch in Bruchköbel wird seit

einigen Jahren von Neonazis für ihre Zwecke missbraucht. Die Polizei schützt und eskortiert sie zur Kundgebung. Die DKP fordert alle aufrechten Demokraten auf, am Karfreitag, 29. März 2013 um 14 Uhr nach Bruchköbel zu kommen, um den Ostermarsch vor Neonazis zu schützen. Es gilt der Schwur der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!



Schützt der „Schutzschirm“?

Nun ist die Stadt Hanau unter den „kommunalen Schutzschirm“ des Landes geschlüpft. Erst klaute das gleiche Land Hessen den Städten und Gemeinden aufgrund von Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich jährlich über 400 Millionen Euro. Und nun bietet sie über den „Schutzschirm“ einen Teil davon als Rettung an.

Gebühren- + Steuererhöhungen Verbunden ist das Ganze mit Auflagen zum weiteren Sparen. Insgesamt listet das Land in einem Maßnahmenkatalog über 500 Einzelpunkte auf, wie man die Bürger noch mehr belasten und Dienstleistungen einschränken kann. Wenn die Städte sich dem nicht fügen, drohen drastische Schritte aus Wiesbaden. In Hanau sind eine Grundsteuererhöhung (= steigende Mieten), saftige Gebührenerhöhung für Ganztagsbetreuung, Streichung von Kulturangeboten und und und vorgesehen.

Mieses Spiel

Der hessische SPD-Chef nennt das „ein mieses und erpresserisches Spiel der Landesregierung“. Ähnlich oder noch drastischer äußerten sich Grüne und Die Linke. Das hindert aber in

Hanau SPD und Grüne, genauso wie CDU, FDP und BfH nicht daran, dieses miese und erpresserische Spiel mit zu spielen, nur Die Linke wehrt sich im Stadtparlament dagegen. Originalton OB Kaminsky „ich muss die bisherigen Sparpläne stark nachschärfen.“ So verniedlicht er, wenn man die Bürger noch stärker als bisher plündern wird.

NEIN

zum Schutzschirm

Stoppt das erpresserische Spiel der Landesregierung!

DKP-Main-Kinzig

Schulden bleiben

Fakt ist, dass auch der „Schutzschirm“ die Stadt Hanau nicht retten wird. Er ist nur eine Selbstverpflichtung, jetzt und in den

nächsten Jahren die Bürger immer mehr zur Kasse zu bitten. Denn die ungefähr eine Milliarde Euro Schulden, die die Stadt laut Landesrechnungshof hat, werden so nicht abgetragen werden können.

Superreiche besteuern!

Notwendig wäre ein Zinsmoratorium an die Banken, die (zum Teil mit Steuergeldern saniert) fröhlich weiter zocken und an den öffentlichen Schulden klotzig verdienen. Notwendig wäre auch eine Finanzreform, die die Kommunen wirklich entlastet. Aber dazu müsste man den immens gewachsenen Gewinnen von Banken und Konzernen an die Kasse gehen und den Superreichen etwas von ihren Milliarden wegbesteuern.

Selbst aktiv werden

Aber da das Merkel und Rößler, aber auch Steinbrück und Trittin nicht machen werden, werden wir uns schon selber wehren müssen.

Noch ein Schirm

Für wetteruntaugliche Designerschirme für den Busbahnhof haben Kaminsky & Co. 1,6 Millionen übrig für die ganze unsinnige Kaufhausarealgestaltung am Freiheitsplatz werden es nochmals zig Millionen Euro mehr sein.

30 Stunden Woche fordern ?!

Wissenschaftler, Gewerkschaftssekretäre und andere haben in einem Offenen Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände aufgefordert dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit höchste wirtschaftliche, politische, soziale und humanitäre Priorität einzuräumen. Sie weisen darauf hin, dass die enorme Produktivität, sinkende Kaufkraft und Überproduktion zu einem immer erheblicheren Stellenabbau führen.

Umverteilung

von unten nach oben

Sie weisen darauf hin, dass seit Jahren eine „kontraproduktive“ Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzereinkommen stattfindet. Kontraproduktiv für wen, ist hier die Frage. Für diejenigen, die an der Umverteilung sich bereichern ist diese Umverteilung sicherlich nicht „kontraproduktiv“.

Druck nimmt zu

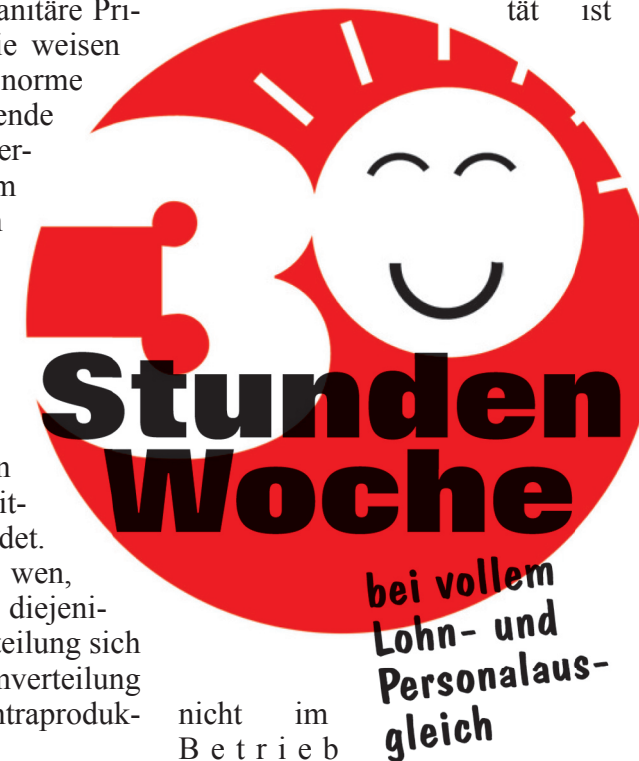
Wie auch immer, solange die Beschäftigte nicht darüber mit- oder selbst bestimmen können, wie viele Arbeitsplätze und welche Produktion geschaffen werden, ist die Verteilung der Arbeitsvolumen auf mehr Schultern eine sinnvolle und humane Lösung. Denn der Druck auf die Beschäftigten wächst mit jedem Tag mehr und mehr. Und es liegt auf der Hand, dass bei gleicher Produktion und geringerer Arbeitszeit mehr Menschen in Arbeit und Brot gebracht werden können.

Reaktion der IG Metall

Wie aber reagieren unsere Gewerkschaften auf diesen Vorschlag? In einem Interview in der FR vom 17.02.2013 antwortet der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzels darauf „... jeder kann Vorschläge machen. Ich glaube aber nicht, dass das der beste Vorschlag ist.

Was wir brauchen ist mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Die einzelnen Arbeitnehmer brauchen mehr individuelle Mitbestimmungsrechte.“

Statt **kollektiv** die Möglichkeit für Zeitsouveränität zu erstreiten, denn Zeitsouveränität ist



nicht im Betrieb möglich,

sondern nur in der sogenannten „Freizeit“, orientiert die IG Metall auf die individuellen Mitbestimmungsrechte, die zu erreichen „der Gesetzgeber gefordert ist.“

Rechte nur gemeinsam durchsetzbar

Gegen individuelle Rechte ist generell nichts einzuwenden, aber in den Betrieben sind Rechte wenn überhaupt nur kollektiv durchzusetzen. Eine Orientierung auf die kollektive Stärke, und darauf, dass in unserer Gesellschaft der Einfluss darüber, was mit wie viel Menschen produziert wird, von den Kapitalbesitzern auf die Arbeiter und Angestellten verlagert werden muss, wird nicht angesprochen.

Dies jedoch ist der einzige Weg um nachhaltig die Produktionsweise zu verändern. Statt einer betrieblichen Orientierung sollte eine kollektive in Erwägung

gezogen werden.

Lohnerhöhung nötig!

Zusätzlich ist die Forderung nach höheren Entgeltabschlüssen zu intensivieren, um den Versuch die Kaufkraft zu erhöhen, und damit den Lebensstandard zu sichern, dringend notwendig und auch wirtschaftlich sinnvoll. Die 4. ordentliche Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Hanau hat deshalb im Februar folgende Forderungen zur Tarifrunde 2013 der IG Metall beschlossen:

- 1.) Eine prozentuale Erhöhung von 6,8% mindesten, jedoch 265 Euro.
- 2.) 100 Euro für alle Auszubildenden.
- 3.) Eine Laufzeit des Tarifvertrages zu vereinbaren, die nicht länger als 12 Monate betragen soll und
- 4.) Es sollen keine sogenannten Nullmonate vereinbart werden. Diese Forderungen wurden mit übergroßer Mehrheit auf der Delegiertenversammlung angenommen. Diese gepaart mit dem Start einer intensiven Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wäre zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll und extrem „produktiv“. Ein Verweisen an den Gesetzgeber – wie von Detlef Wetzels gefordert - ist jedoch wirklich „kontraproduktiv“.

1. Mai-Feier der DKP

mit dem selbst gemachten Kabarett

Du hast die Wahl!

Freitag, den 26. April 2013

19.30 Uhr

Reinhardskirche
Hanau Kesselstadt

Eintritt: Ein Mitbringsel für's gemeinsame Buffet



Unsere Zeit

Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare:

e-Mail: NeueImpulse@aol.com

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484
www.unsere-zeit.de